

„Dauerwahlkampf belastet Politik“

„Konvent für Deutschland“ will Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre

► LUDWIGSHAFEN (ede). Der „Konvent für Deutschland“ fordert eine Verlängerung der Wahlperiode des Bundestags von derzeit vier auf fünf Jahre. Gleichzeitig möchte das überparteiliche Gremium aus renommierten Persönlichkeiten so genannte Volksinitiativen auf Bundesebene einführen.

„Gerade die deutsche Politik zeichnet sich oft durch Kurzatmigkeit aus“, sagte Konventsmitglied Hans-Olaf Henkel der RHEINPFALZ zur Begründung des Vorstoßes. Der Grund dafür sei ein vom Wahlrecht provoziertes Dauerwahlkampf: „In keiner anderen Demokratie wird im Durchschnitt alle 90 Tage eine Wahl mit nationaler Bedeutung veranstaltet. Landtagswahlen, Bundestagswahl, Europawahl, ir-

gendwo wird immer gewählt, und unsere Politiker sind dadurch extrem belastet und von ihrer eigentlichen Aufgabe sehr abgelenkt.“

Nach Ansicht des Konvents, dem Altbundespräsident Roman Herzog vorsteht, wäre eine längere Legislaturperiode im Interesse der Reformfähigkeit des Landes. Denn der ständige Wahlkampf verhindere „das Aussprechen nötiger Wahrheiten und das Anpacken unpopulärer Reformen“.

Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und derzeit unter anderem Honorarprofessor an der Universität Mannheim, könnte sich auch vorstellen, mehrere Wahlen zusammenzufassen. „In den USA gibt es in vier Jahren nur zwei Wahltermine. Um das zu er-

reichen, müsste man bei uns aber 16 Landesverfassungen ändern. Da das zu kompliziert ist, schlagen wir vor, wenigstens durch die Verlängerung der Legislaturperiode etwas mehr Stabilität zu schaffen“, sagte Henkel.

Als Ausgleich für eine längere Wahlperiode sollten die Deutschen die Möglichkeit erhalten, den Bundestag mit den Unterschriften von zwei bis drei Millionen Bürgern – etwa drei bis fünf Prozent der Wahlberechtigten – aufzufordern, sich mit einem bestimmten Thema zu befassen. „Mit Volksinitiativen behielte das Parlament seine Entscheidungskompetenz. Wohl aber könnten die Bürger bei brennenden Themen ihren Abgeordneten ‚Beine machen‘“, sagte Henkel.

—Hintergrund Seite 2

DER HINTERGRUND

Die Reform der Reformfähigkeit

Der „Konvent für Deutschland“ möchte, dass ein Ruck durch das Land geht

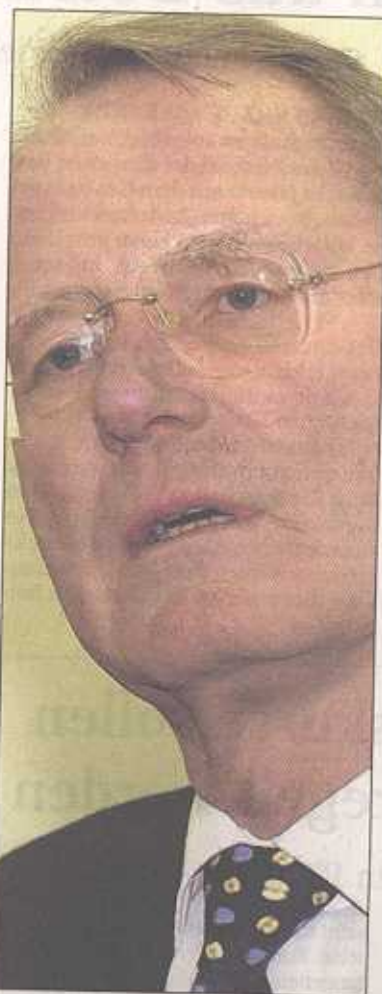
VON UNSEREM REDAKTEUR
ERHARD STERN

► Dem „Konvent für Deutschland“ geht es im Grunde nur um ein einziges Thema: die Reform der Reformfähigkeit der deutschen Politik und ihrer Institutionen. Dazu will das Gremium konkrete Vorschläge erarbeiten. Im Blickpunkt steht dabei derzeit das Wahlrecht.

„Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Wir müssen Abschied nehmen von lieb gewordenen Besitzständen.“ Wenn die angebliche Reformunfähigkeit deutscher Politik beklagt wird, wird früher oder später auch die als „Ruck-Rede“ bekannt gewordene Ansprache von Altbundespräsident Roman Herzog aus dem Jahr 1997 in Berlin zitiert. Fast zehn Jahre später ist von dem Ruck nach wie vor nur wenig zu spüren – was auch der aktuelle Amtsinhaber Horst Köhler schon kritisierte: „Warum bekommen wir den Ruck noch immer nicht hin? Weil wir alle noch immer darauf warten, dass er passiert!“

Nicht länger warten will der „Konvent für Deutschland“. Da ist es kein Wunder, dass an der Spitze des Gremiums, das die „Reform der Reformfähigkeit der deutschen Politik“ vorantreiben will, ausgerechnet der Mann sitzt, der den Ruck einst vehement einforderte: Bundespräsident a.D. Herzog. Gegründet am Nationalfeiertag, dem 3. Oktober 2003, will die Denkfabrik aus renommierten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur mit konkreten Vorschlägen aufzeigen, wie die Bundesrepublik die politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts meistern kann. Dabei geht es dem Konvent nicht in erster Linie um einzelne Reformmaßnahmen. Diese sollen Sache der aktuellen Politik bleiben. Vielmehr sollen Vorschläge zur Verbesserung und Beschleunigung politischer Entscheidungsprozesse erarbeitet werden.

Aktuell hat sich das Gremium das



„Dauerwahlkampf behindert die Reformfähigkeit deutscher Politik“:
Hans-Olaf Henkel. —ARCHIVFOTO: KUNZ

Bundestagswahlrecht als Arbeitsgebiet ausgesucht. So möchte der Konvent die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre verlängern. Außerdem sollen die Bundesbürger das Recht erhalten, die Wahllisten der Parteien zu ändern. Kandidaten auf eigentlich aussichtslosen Plätzen, die innerhalb ihrer Parteien unbequeme An- und Einsichten äußern, sollen so doch noch die Chance erhalten, ins Parlament einzuziehen. Und schließlich sollen

die Bundesbürger das Parlament mit „Volksinitiativen“ zwingen können, ein Thema auf die Tagesordnung zu setzen – sozusagen als Entschädigung dafür, dass sie künftig seltener wählen dürfen.

Den letzten Schritt, die Einführung von Volksentscheiden, scheut das Gremium allerdings. „Volksentscheide würden dazu führen, dass das Parlament und die politischen Parteien immer stärker in die Versuchung gerieten, ihre parlamentarische Verantwortung nicht mehr hinlänglich wahrzunehmen“, sagte Olaf Henkel, auf dessen Initiative die Gründung des Konvents zurückgeht.

In unangenehmer Erinnerung ist Henkel noch der Bundestagswahlkampf 2005, als Kanzler Gerhard Schröder den CDU-Finanzexperten Paul Kirchhof und dessen Steuerreformpläne verspottete. Aus Sicht des ehemaligen Industrieverbandspräsidenten waren diese Vorschläge richtig. „Schröders persönliche Angriffe auf Professor Kirchhof stecken mir noch in den Knochen. Aber auch von Helmut Kohl hörte ich des Öfteren: ‚Herr Henkel, das machen wir; aber erst nach den nächsten Landtagswahlen.‘ Und schon wieder wurde ein notwendiges Projekt auf die lange Bank geschoben.“ Mit einer Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre möchte Henkel der Politik deshalb die Chance geben, Entscheidungen zu treffen, anstatt durch „dauernde Wahlkämpfe“ von der Arbeit abgehalten zu werden.

Sicher, dass dann ein Ruck durch Deutschland ginge, ist Henkel freilich nicht: „Die Verlängerung der Wahlperiode ist auch nur ein Mosaikstein eines Gesamtbildes, welches der Konvent für Deutschland vorgeschlagen hat. Dazu gehört die Föderalismusreform, wie jetzt von der Koalition beschlossen, noch wichtiger aber auch eine Reform unserer Finanzverfassung. Bund und Länder können nur dann unabhängig voneinander handeln, wenn sie auch in ihrer Finanzverantwortung unabhängig voneinander sind.“